

# Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

III/151

## Die P.V.-Sitzung in Godesberg

(sp) Hannover, 13.12.1948

Am 10. und 11. Dezember fand in Bad Godesberg eine Sitzung des Vorstandes der SPD statt.

An ihrem Beginn begrüßte der stellvertretende Vorsitzende, Erich Ollenhauer, Frau Louise Schröder aus Berlin, die nach vielen Monaten zum ersten Mal wieder in diesem Kreis erschienen war. Er beglückwünschte sie herzlich zu ihrer Genesung und zu dem großen Berliner Wahlsieg, an dem sie einen nicht geringen Anteil hat.

Über die Wahlen selbst und die durch sie entstandene Situation berichtete Franz Neumann. Der PV sprach den Vertretern aus Berlin die wärmste Anerkennung für die geleistete Arbeit aus. Er stellte fest, daß Berlin für den gesamten deutschen Osten gesprochen und damit einen verstärkten Anspruch auf weitestgehende Unterstützung durch den Westen gewonnen habe. Die Sozialdemokratie kann nach diesem Erfolg mit größter Ruhe dem Tag entgegensehen, an dem zum ersten Mal wieder in ganz Deutschland freie Wahlen abgehalten werden.

Über die Verhandlungen in Bonn berichteten Carlo Schmid und Walter Menzel. Der Parteivorstand billigte die Haltung der Fraktion des Parlamentarischen Rates. Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Partei an einer bundeseigenen Finanzverwaltung als der wesentlichsten Forderung festhalte und daß das kommende Grundgesetz durch Zustimmung der Landtage genehmigt werden sollte. Sie sieht in diesem Verfahren die einzige Möglichkeit, in relativ kurzer Zeit das Grundgesetz in Kraft treten zu lassen. Noch einmal wurde mit großem Nachdruck unterstrichen, daß ein unverzichtbarer Anspruch Berlins auf eine Vertretung im künftigen Bundesparlament besteht.

Auch in der Diskussion zur Frage des Sitzes einer künftigen Bundesregierung bestand volle Einigkeit darin, daß hierfür nur Berlin in Betracht kommen kann. Bei der Entscheidung über den vorläufigen Sitz traten Gesichtspunkte der sachlichen Bedürfnisse und der Kostenfrage stark in den Vordergrund, ohne daß man sich schon jetzt auf einen bestimmten Ort festlegte.

Der Parteivorstand befaßte sich dann mit einer Reihe von Empfehlungen und Beschlüssen des Düsseldorfer Parteitags, darunter mit der Forderung nach einer Überprüfung der programmatischen Arbeitsgrundlage der Partei. Es wurde vereinbart, aus dem PV einen Ausschuß zu bilden, der für die Vorbereitung dieser Arbeit federführend sein soll.

Zur Frage des sozialdemokratischen Wohnungsbauprogramms wurde festgestellt, daß die von der Partei entwickelte Initiative gute Fortschritte gemacht hat und daß inzwischen vor allem auch auf dem Gebiet der Finanzierung dieser Aufgabe einigermaßen günstige gesetzliche Voraussetzungen geschaffen werden konnten.

Über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Wirtschaftsrat im Zusammenhang mit der Verabschiedung des ersten Lastenausgleichsgesetzes berichtete Herbert Kriedemann. Das, was dem ursprünglich ganz unzureichenden Entwurf der Wirtschaftsverwaltung für die Masse der Bedürftigen schließlich einigermaßen tragbar gemacht hat, geht auf sozialdemokratische Anträge zurück. Es besteht Hoffnung, daß der Länderrat in der nächsten Woche seine Zustimmung geben wird, so daß das Gesetz der Sofort-Hilfe noch vor Weihnachten endgültig verabschiedet werden kann. Der PV hielt es angesichts von Bestrebungen gewisser bürgerlicher Kreise für richtig, nachdrücklich zu betonen, daß es sich hierbei lediglich um ein Minimalprogramm für die nächste Zeit handele, keineswegs aber um die Endlösung des Lastenausgleichs.

Der Innenminister von Nordrhein-Westfalen, Walter Menzel, referierte über Polizeifragen. Im Anschluß kam es zu einer eingehenden Diskussion über das Problem der westdeutschen Sicherheit, das durch gewisse Veröffentlichungen in letzter Zeit vielfach erörtert worden ist. Der PV stellte dazu einmütig folgendes fest:

1. Die Frage einer deutschen Wehrverfassung liegt nicht im Bereich der deutschen Zuständigkeit.
2. Die allein dafür zuständigen alliierten Militärgouverneure haben Behauptungen über eine deutsche Wiederaufrüstung dementiert.
3. Soweit eine Bedrohung Westdeutschlands durch den östlichen Totalitarismus besteht, ist der wirksamste politische Schutz dagegen eine konsequente demokratische und soziale Politik in Westdeutschland selbst. In diesem Zusammenhang wird darauf hingewiesen, daß in keinem westeuropäischen Land die kommunistische Gefahr so wenig aktuell ist, wie in dem Gebiet zwischen Elbe und Rhein. Die SPD nimmt den maßgebenden Anteil an dieser Sache als ihr Verdienst in Anspruch.
4. Die SPD ist sich einer gewaltsamen Infiltration vom Osten nach dem Westen bewußt. Sie wünscht deshalb den Ausbau einer demokratisch zuverlässigen Polizei, deren Führung und Kontrolle in den Händen der Länder liegen sollte.
5. Die Frage einer künftigen Wehrverfassung ist abhängig von der Rolle, die Deutschland in einer künftigen europäischen Gemeinschaft spielen wird. Eine Diskussion darüber kann nur unter dem Gesichtspunkt der unbedingten Notwendigkeit eines Systems internationaler kollektiver Sicherheit geführt werden.
6. Die Sozialdemokratie wendet sich auf das Schärfste gegen alle Versuche, die Frage einer künftigen militärischen Position Deutschlands mit den Repräsentanten des alten Militarismus zu behandeln, ganz gleich, ob es sich dabei um nazistische oder nationalistische Elemente handelt.

Der PV genehmigte den Vorschlag, den Genossen S. Neumann mit der Leitung des Betriebssekretariats beim PV zu betrauen.

Erich Ullenhauer berichtete weiterhin über die letzte Comisoc-Sitzung in England. Als Vertreter der SPD auf dem kommenden Parteitag der Sarragat-Sozialisten im Januar werden Willi Eichler und Egon Franke nach Mailand fahren.

Der PV beschloß schließlich die Schaffung eines einheitlichen Parteiabzeichens.

Die nächste gemeinsame Sitzung von PV und Parteiausschuß wird vermutlich vom 21. bis 23. Januar 1949 in einer Stadt des westlichen Westfalens stattfinden.